

KLIMA-2NEU Paris 2015 – Marrakech 2016 – Berlin 2017: Der Schutz unseres Klimas braucht Afrika

Antragsteller*in:

Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel), Dietmar Rieth (KV Südwestpfalz), Ulrike Höfken (KV Bitburg-Prüm), Anne Spiegel (KV Speyer), Manfred Seibel (KV Südwestpfalz), Bernd Schumacher, KV Südwestpfalz), Eckard Wiendl (KV Vulkaneifel), Rupertina Engel (KV Mayen-Koblenz), Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße), Elisabeth Bröskamp (KV Neuwied), Uwe Bröskamp (KV Neuwied), Rudi Trossen (KV Bernkastel-Wittlich), Gertrud Weydert (KV Bernkastel-Wittlich), Ronald Maltha (KV Mayen-Koblenz), Marian Engel (KV Mayen-Koblenz), Ulrich Bock (KV Mayen-Koblenz), Michael Henke (Kreisverband Bad Kreuznach), Dr. Natalie Wendisch (KV Ahrweiler);

Tagesordnungspunkt: 2. Klimaschutz

1 Die Weltklimakonferenz von Marrakech hat gezeigt: Klimaschutz funktioniert nur
2 weltweit. Viele afrikanische Länder sind schon heute besonders stark von den
3 Folgen des Klimawandels wie Trockenheit, Ausweitung der Wüsten,
4 Überschwemmungen, Dürren und Missernten betroffen. Das Potsdam-Institut für
5 Klimafolgenforschung (PIK) kommt einer Studie zu dem Ergebnis, dass Regionen des
6 Kontinents mit hoher Wahrscheinlichkeit unter mehreren Folgen (Überschwemmungen,
7 Dürren, Missernten) des Klimawandels gleichzeitig leiden werden. Aktuell warnt
8 das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen vor einer drohenden Hungersnot
9 aufgrund einer langanhaltenden Dürre in vier ostafrikanischen Ländern. 20
10 Millionen Menschen sind akut davon bedroht.

11 Die Folgen der Erderwärmung sind bereits heute oft auch Ursachen von Unruhen,
12 Bürgerkriegen und Kriegen. Die Anzahl der Flüchtlinge aus Afrika steigt seit
13 Jahren ständig an und wird noch weiter stark zunehmen, wenn wir nicht schnell
14 und entschieden die Vermeidung, Begrenzung und Bekämpfung von Fluchtursachen
15 ganz oben auf der politischen Agenda verankern.

16 Die EU, andere Industrieländer, aber auch Schwellenländer wie China erpressen
17 die afrikanischen Staaten, Abkommen zu ratifizieren, obwohl es massiven
18 Widerstand in den Länder selbst gibt. Für uns GRÜNE stehen viele dieser
19 Verhandlungen im Widerspruch zum Anspruch einer nachhaltigen Entwicklung. Sie
20 gefährden die eigenständige Ausbildung einer afrikanischen Industrie und die
21 regionale Landwirtschaft. Viele afrikanische Staaten liefern Rohstoffe oft zu
22 Bedingungen, die nichts mit nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung zu tun
23 haben und ihre Märkte werden mit subventionierten, überflüssigen oder
24 gefährlichen Produkten überflutet. So hat z.B. die örtliche Geflügelzucht gegen
25 unsere hochsubventionierten Hähnchenflügel keine Chance. Die Arbeitsplätze in
26 der dortigen Landwirtschaft gehen dauerhaft verloren, mit drastischen Folgen für
27 die dort lebenden Menschen! In den meisten Ländern südlich der Sahara hat die
28 Nahrungsmittelproduktion in den letzten drei Jahrzehnten auch deshalb nicht mit
29 dem Bevölkerungswachstum Schritt halten können. Weitere Gründe waren die
30 mangelnde Unterstützung der landwirtschaftlichen Entwicklung und die massive
31 Korruption unter den Eliten. Bei deren Bekämpfung wollen wir helfen und den
32 Aufbau einer nachhaltigen, produktiven Landwirtschaft in den Entwicklungsländern
33 unterstützen.

34 Fluchtursache Klimawandel

35 Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Folgen des Klimawandels als Ursachen
36 von Fluchtbewegungen anerkannt werden. Ziel muss sein, die Lebensbedingungen in
37 den Herkunftsländern der Flüchtlinge zu verbessern und Fluchtursachen zu
38 bekämpfen. Dazu müssen die westlichen Industrieländer wirtschaftliches Handeln
39 mit der Erreichung von Entwicklungszielen, der Achtung der Menschenrechte und
40 der Einhaltung der internationalen Sozial-, Arbeits-, Umweltschutzabkommen und
41 in Einklang bringen.

42 Wir GRÜNE wollen erreichen, dass die Bundesrepublik endlich die auf europäischer
43 Ebene vereinbarten 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens in die
44 Entwicklungszusammenarbeit investiert. Im Rahmen des Klimaanpassungsfonds des
45 Pariser Abkommens müssen zusätzlich Programme für eine klimaverträgliche
46 Entwicklung und die erforderlichen Anpassungen an die Folgen des Klimawandels
47 aufgelegt werden. Im Gegensatz dazu will die aktuelle Bundesregierung Gelder für
48 Pariser Klimaanpassungsfonds auf das Budget für globale
49 Entwicklungszusammenarbeit anrechnen.

50 Die Aktivitäten auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit der
51 Industriestaaten und der internationalen Organisationen müssen besser
52 koordiniert und wo immer möglich gemeinsam umgesetzt werden. Wir GRÜNE wollen
53 auch die Chancen nutzen, die eine global verantwortliche
54 Verbraucherschutzpolitik eröffnet. Sie kann für einen nachhaltigen Konsum und
55 fairen Handel sensibilisieren. Zudem kann sie Druck auf Unternehmen ausüben,
56 damit diese Verantwortung für die Menschen in den Produktionsländern ebenso wie
57 für die Erreichung globaler Klimaschutzziele übernehmen.

58 Die deutsche Entwicklungspolitik muss sich stärker um die Unterstützung
59 leistungsfähiger und nachhaltiger Wirtschaftsstrukturen vor Ort bemühen, um
60 Wertschöpfung in den afrikanischen Ländern zu ermöglichen und die Bevölkerung
61 mit menschenwürdigen Arbeitsplätzen zu versorgen. Zur Entwicklung von
62 Infrastruktur und zur Finanzierung einer auf CO₂-Vermeidung orientierten
63 Wirtschaft müssen den afrikanischen Staaten die erforderlichen und zugesagten
64 Geldmittel zur Verfügung gestellt werden.

65 Partnerschaft Ruanda – Rheinland-Pfalz nutzen

66 Rheinland-Pfalz mit seiner langjährigen Partnerschaft zu Ruanda hat gute
67 Voraussetzungen zur Zusammenarbeit, aber auch eine große Verpflichtung, der es
68 gerecht werden muss. Ruanda hat in Afrika in der Klimapolitik eine
69 Vorreiterrolle, die es zu stärken gilt. So kam es im Oktober 2016 zum Kigali-
70 Abkommen, einem Meilenstein für den Klimaschutz. Das Abkommen, das von den
71 Industriestaaten ein schnelleres Umsteuern verlangt als von Entwicklungsländern,
72 kam nach einem nächtlichen Verhandlungsmarathon in der ruandischen Hauptstadt
73 Kigali zustande. Der Kompromiss wurde als der größte Erfolg seit dem Ende des
74 Pariser Klimagipfels von Ende 2015 gewertet.

75 Wir Grüne wollen den Menschen vor Ort auf IHREM richtigen Weg helfen und sie
76 unterstützen. Die Möglichkeiten dazu bietet unsere Partnerschaft, zum Nutzen der
77 Menschen in Ruanda, zum Nutzen des globalen Klimaschutzes sowie zur
78 Unterstützung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Der nächste
79 Entwicklungsschritt in Afrika hat das Potential, ein gesamtes – das fossile –
80 Zeitalter zu überspringen und direkt in eine klimaneutrale Zukunft zu führen,

81 mit den lokal vorhandenen Ressourcen, mit den Menschen vor Ort. Die Rheinland-
82 Pfälzer*innen können sich mit ihrem besonderen Erfahrungsschatz von 35 Jahren
83 Partnerschaft mit Ruanda einbringen und die Fortentwicklung betreiben. Daher
84 streben wir eine Zusammenarbeit mit den afrikanischen Staaten auf Augenhöhe an.

85 Der Energieverbrauch pro Kopf in Ruanda ist einer der niedrigsten der Welt.
86 Lediglich 18 Prozent der Bevölkerung haben Zugang zu Elektrizität, in ländlichen
87 Gebieten sogar weniger als 2 Prozent. Ein Großteil der Elektrizität wird mit
88 Wasserkraftwerken gewonnen. Trotzdem musste das Land bisher Energie importieren,
89 vor allem Schweröl und Diesel. Aber die Bevölkerung wächst rasant und damit auch
90 der Bedarf an Energie. Die Elektrizitätsnetze sind oftmals veraltet und
91 störanfällig. Stromausfälle sind immer noch an der Tagesordnung. Über 95 Prozent
92 des ruandischen Energiebedarfs werden bislang von den traditionellen
93 Brennstoffen Holz und Holzkohle gedeckt – überwiegend für die
94 Nahrungszubereitung in den ländlichen Haushalten. Dies geht einher mit
95 großflächigen, nicht nachhaltigen Rodungen und CO₂-Emissionen bei der Produktion
96 von Holzkohle.

97 Die Regierung Ruandas setzt für die Zukunft auf eine dezentrale und erneuerbare
98 Energieversorgung. So hat das ruandische Infrastrukturministerium 333 Stellen
99 benannt, an denen kleine und Mikro-Wasserkraftanlagen sinnvoll sind. Deren
100 Erzeugung soll weitgehend in das nationale Stromnetz eingespeist werden.
101 Schnell ausbaufähig sind vor allem autonome Anlagen („Off-Grid“), mit denen
102 entlegene ländliche Gebiete mit Strom versorgt werden sollen.

103 Bei Photovoltaik-Anlagen hat Ruanda in Ostafrika bereits die Nase vorn: Anfang
104 2015 konnte mit 8,5 MW die größte Anlage dieser Art in Ostafrika eingeweiht
105 werden. In Verbindung damit ist das weltweit größte dezentrale Strom-
106 Speichersystem in Bau. Damit sollen bei Stromausfällen die Wasserpumpen eines
107 Landwirtschaftsprojektes weiter mit Elektrizität versorgt werden. Neben diesem
108 Großbetrieb kommt Photovoltaik-Technik bislang vornehmlich in ländlichen
109 Gesundheits- und Bildungsinstitutionen zum Einsatz, die somit Strom versorgt
110 werden können. Ruanda hat ferner ein Windkraftpotenzial, das für Pumpenanlagen,
111 Mühlendienste und die allgemeine Stromversorgung genutzt werden kann. Hinzu
112 kommt ein geothermisches Potenzial zwischen 170 bis 340 MW.

113 Die riesigen – gesundheitsbedrohenden wie klimaschädlichen – Mengen an Methangas
114 aus dem Kivu-See sollen zur Energiegewinnung genutzt werden. Damit würde sich
115 deren klimaschädliches Potential sehr stark verringern und eine mittelfristig
116 drohende eruptive Freisetzung größerer Gasmengen verhindert werden. Technisch
117 ist dies ein kompliziertes und schwieriges, aber notwendiges Vorhaben, für
118 dessen sichere Durchführung Fachkräfte mit herausragendem Knowhow gebraucht
119 werden.

120 Ruanda ist ein kleiner, aber hocheffizienter und gut vernetzter afrikanischer
121 Zentralstaat mit einem weitreichenden Glasfasernetz, mit einer gut ausgebildeten
122 jungen Bevölkerung (12 Pflichtschuljahre) und beispielsweise auch mit einer
123 ambitionierten Politik der Müllvermeidung (wirksames, gesetzliches
124 Plastiktütenverbot). Durch eine geringe Korruptionsrate (zweitbesten Platz im
125 afrikanischen Ranking), eine hohe Effizienz der Staatsorgane, deutliche
126 Verbesserungen auf dem Gebiet der inneren und äußeren Sicherheit sowie durch
127 Aufgeschlossenheit gegenüber deutschen und europäischen Unternehmen bestehen für
128 die Entwicklungszusammenarbeit gute Voraussetzungen. Allerdings ist Ruanda auch

129 im Jahr 2017 kein Vorbild bei der Verwirklichung von Grundrechten und
130 Demokratie.

131 Mit den „Secondary Cities“ gibt es für Ruanda einen Plan, jenseits der
132 Hauptstadt Kigali in den vier Provinzen klimaneutrale Städte (Wohnen und
133 Gewerbe) in der Größenordnung von je ca. 50.000 Einwohner/innen zu errichten.
134 Bei der praktischen Umsetzung sind Zwangsumsiedlungen absolut auszuschließen,
135 die funktionierenden sozialen Gemeinschaften in den Ursprungssiedlungen müssen
136 erhalten werden können. Bei der Umsetzung sollen Anreize für die Menschen
137 geschaffen werden, um die Angebote anzunehmen.

138 Die Menschen in Afrika brauchen eine Entwicklungspolitik die sich stärker um die
139 Unterstützung eines leistungsfähigen, nachhaltigen und inklusiven Privatsektors
140 vor Ort bemühen und die eine Wertschöpfung in den afrikanischen Ländern
141 ermöglicht um der Bevölkerung menschenwürdige Lebensbedingungen zu ermöglichen.

142 Neben der Unterstützung beim Aufbau einer öffentlichen Infrastruktur im
143 Verkehrs- und Energiebereich und zur Finanzierung einer auf CO₂-Vermeidung
144 orientierten Wirtschaft, müssen den afrikanischen Staaten die erforderlichen und
145 zugesagten Finanzierungen im Rahmen des Internationalen Klimaschutzabkommens von
146 Paris auch bereitgestellt werden.

147 Die schrittweise Übernahme und Implementierung der „EU Normenfamilie“
148 (entwickelt in den der 28 EU Staaten) in die technischen, wirtschaftlichen und
149 Verbraucherschutzrechtlichen Zusammenhänge in Afrika, hätte zur Folge das es
150 eine systematische Wirkung für eine planbare wirtschaftliche und
151 infrastrukturelle Entwicklung in Afrika und deren erleichterten Zugang zu den
152 weltweiten Märkten geben würde.

153 Deutschland und die EU müssen Afrika in diesem Sinne durch Bereitstellung und
154 Zusammenarbeit beim gemeinsamen Aufbau von Technologiekompetenz und Wissen für
155 klimabedingte Anpassungsmaßnahmen, Emissionsreduktion und den Umbau, behilflich
156 sein um zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise auch in Afrika zu kommen.

157 Zusammenarbeit für Entwicklung und Klimaschutz

158 Zur Erreichung der Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens ist ein Umbau der
159 weltweiten Energiesysteme notwendig. Dies kann nur gelingen durch
160 internationalen Wissensaustausch und Kooperation unter Berücksichtigung lokaler
161 Bedingungen und Herausforderungen. Die Bundesrepublik trägt dabei auch globale
162 Verantwortung.

163 Rheinland-Pfalz mit seiner langjährigen Partnerschaft zu Ruanda hat gute
164 Voraussetzungen, das Land bei der Entwicklung einer dezentralen,
165 klimafreundlichen und nachhaltigen Energieversorgung zu unterstützen. Wir können
166 einen Beitrag dazu leisten, dass sich Ruanda zu einem klima- und
167 energiepolitischen Vorbild unter den afrikanischen Ländern entwickelt.

168 Wir GRÜNE werden uns mit allen unseren Möglichkeiten dafür einsetzen, dass

- 169
- anerkannt wird, dass Folgen des Klimawandels zunehmend Ursachen von
170 Fluchtbewegungen sind und die Bundesrepublik ihre Außen-, Wirtschafts- und
171 Entwicklungspolitik für Afrika konsequent an Zielen des Klimaschutzes zur

- 172 Verbesserung der Lebensbedingungen wie auch zur Bekämpfung von
173 Fluchtursachen ausrichtet,
- 174 • die Bundesrepublik die humanitäre Hilfe für Afrika deutlich erhöht sowie
175 zügig die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit auf ein Niveau anhebt,
176 das den europäisch und international vereinbarte Zielen entspricht, wobei
177 die so ermöglichten Programme besser mit den anderen Staaten und
178 internationalen Organisationen koordiniert werden müssen,
 - 179 • die Bundesrepublik und die EU Afrika durch Bereitstellung und
180 Zusammenarbeit beim gemeinsamen Aufbau von Technologiekompetenz und Wissen
181 für klimabedingte Anpassungsmaßnahmen, Emissionsreduktion und den Aufbau
182 einer nachhaltigen Wirtschaftsweise unterstützen,
 - 183 • die bundeseigene Förderbank KfW aufhört, Kohlekraftwerke zu finanzieren,
184 sondern stattdessen ihr Engagement für erneuerbare Energien weiter
185 verstärkt,
 - 186 • die Bundesrepublik den für Deutschland versprochenen Anteil von etwa 10
187 Prozent am 100 Mrd. US-Dollar Fonds für die internationale
188 Klimafinanzierung bereitstellt,
 - 189 • Rheinland-Pfalz im Rahmen der erfolgreichen Partnerschaft mit Ruanda einen
190 Fokus auf den Bereich Erneuerbare Energien, Umwelttechnologie und
191 Ressourcenschutz legt, um dem Land beim Ausbau der Erneuerbaren Energien
192 zur Seite zu stehen.

Begründung

erfolgt mündlich.